Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 28 (2002)

Heft: 2-3

Rubrik: Aus nah und fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus nah und fern

Krämer im Tempel der Wissenschaft

Gegen die Ökonomisierung der deutschen Universität / Von Professor Dr. Barbara Zehnpfennig

Es war prophetisch, daß Hegel das Stadium des absoluten Wissens, in dem der Weltgeist zu sich gekommen ist, mit seinem eigenen philosophischen System vollendet sah. Denn wo sollte er heute den Weltgeist verorten – etwa an der deutschen Universität?

Dort hat mittlerweile ein anderer Geist Einzug gehalten: der Geist des Kapitalismus. Und dessen Herrschaft ist so unerbittlich, daß er die freien Geister, von denen die Universität lebte, in den Status von Asylbewerbern zu drängen droht. Heimat- und ortlos geworden, könnten sie sich bald genötigt sehen, der Universität gerade wegen der Wissenschaft den Rücken zu kehren und andernorts zu suchen, was hier immer schwerer zu finden sein wird: die Möglichkeit, frei zu atmen, ohne ständigen wirtschaftlichen Druck zu forschen und ohne „Effizienz"-Kontrolle einfach nur nachzudenken. Die Universitäten befinden sich in einem Umbruch, der sie zu völlig neuen Institutionen machen wird. Aber nicht die Veränderung als solche ist das Problem; die Universität muß wie jede andere gesellschaftliche Einrichtung auf die Erfordernisse der Zeit reagieren. Sich den Forderungen der Zeit auszuliefern ist aber etwas völlig anderes.

Sozialdemokratisches Dogma

Wenn wirtschaftliches Denken von der Wissenschaft Besitz ergreift, kann es nicht mehr um die Wahrheit gehen. Oft ist der populäre Irrtum lukrativer als die unpopuläre Wahrheit. Der in wirtschaftlichen Kategorien denkende Geisteswissenschaftler müßte also Theorien auf den Markt werfen, die man ihm gerne „abkauft", weil sie dem Geschmack des Publikums entsprechen. Und der in wirtschaftlichen Kategorien denkende Naturwissenschaftler könnte – wie geschehen – seine persönliche Kosten-Nutzen-Bilanz erheblich verbessern, wenn er Ergebnisse fälschte, anstatt sich mit möglicherweise fruchtlosen Versuchsreihen herumzuschlagen. Das Paradigma der Ökonomie, der nur um seinen eigenen Nutzen besorgte Homo oeconomicus, kann nicht das Leitbild der Wissenschaft sein.

Die gegenwärtige Hochschulreform steht dagegen ganz im Zeichen der Ökonomie: Studiengänge und akademische Qualifikationswege sollen verkürzt, praxistaugliche Inhalte verstärkt vermittelt, die Effizienz von Lehr- und Forschungsleistungen der Professoren ständig überprüft, die Finanzierung über Drittmittel erheblich ausgeweitet und die Vergabe von Mitteln innerhalb der Universität nach dem Konkurrenzprinzip geregelt werden. Daß der größte Teil dieser Reformen einem sozialdemokratisch geführten Bundesbildungsministerium entspringt, kann nur auf den ersten Blick verwundern. Das ökonomische Denken kommt aus dem liberalen Bürgertum, wurde aber vom Marxismus übernommen und radikalisiert. Auch wenn die Sozialdemokratie ihrem marxistischen Erbe abgeschworen hat, ist sie seinem Dogma nach wie vor verhaftet: Die Ökonomie ist das Schicksal, und mit Geld läßt sich alles regeln. Allerdings sind auch die Konservativen inzwischen nicht mehr wertkonservativ, so daß von dieser Seite kein nennenswerter Widerstand gegen die Ökonomisierung der Universitäten zu erwarten ist.

Durch Steigerung der Effizienz also soll die Arbeit der Professoren reformiert werden. Gehaltsrelevante Leistungskontrollen sollen Druck ausüben, wobei die Bundesregierung es den Ländern überlassen will, Leistungen zu definieren und zu kontrollieren. Was geschehen wird, ist absehbar: Niemand wird sich die Finger daran verbrennen wollen, die Leistungen der Professoren inhaltlich zu beurteilen. Gemessen werden wird nicht Qualität, sondern Quantität: die Zahl der Publikationen, der Vorträge, der Tagungen. Quantität geht dabei nicht unbedingt mit Qualität einher. Der Versuch, durch die Messung der Quantität auf Qualität zurückzuschließen, wie das etwa beim „citation index" der Fall ist, bei dem registriert wird, wie oft ein Autor von Kollegen zitiert wird, ist fragwürdig. Das wohl am meisten zitierte Buch über Platon, Karl Poppers „Offene Gesellschaft und ihre Feinde", ist wohl auch das dümmste Buch über den antiken Philosophen.

Geist ist nicht meßbar. Naturwissenschaftliche Verfahren zur Feststellung von Effizienz sind nicht einmal in den Naturwissenschaften selbst immer anwendbar. Niemand kann vorhersagen, ob sich Grundlagenforschung jemals „rechnen" wird. Unter Effizienzkriterien wäre es vielmehr ratsam, nur noch kurzfristig zu denken und auf schnelle Publikations- und Publikumserfolge zu setzen. Der lange Atem der Wissenschaft würde von der Kurzatmigkeit einer hektischen Betriebsamkeit abgelöst. Was für die Forschung gilt, trifft größtenteils auch auf die Lehre zu. Die Evaluation der Lehre durch die Studenten ist nur so sinnvoll wie die ihr zugrunde gelegten Kriterien. Aber auch hier wird das Quantifizierbare – etwa der Einsatz moderner Medien, die zur Vorbereitung empfohlene Literatur – ein überproportionales Gewicht bekommen. Denn Studenten, die während ihrer Schulzeit gelernt haben, zur Verbesserung ihrer Punktezahl den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und die Kurse zu belegen, die ihnen am wenigsten Leistung abverlangten, übernehmen diese Gewohnheit auch in die Universität. Durch die Verkürzung der Studienzeit zwingt man sie fast dazu, sich weiterhin so zu verhalten. Unter solchen Umständen sind sicher jene Lehrveranstaltungen die besten, die nicht zum Nachdenken anregen und damit den vorwärtsstürmenden Schritt hemmen könnten.

Auf jeden Fall widersinnig ist die zunehmende Bürokratisierung, der ein Forscher in einer wirtschaftlich ausgerichteten Universität ausgesetzt ist. Wer um seine Mittel kämpfen muß, der muß viel Zeit auf Wissenschaftsfremdes verwenden. Vielleicht zählt dazu bald auch die in der Politik so beliebte „Landschaftspflege", mit der man sich diejenigen geneigt zu machen pflegt, die Mittel zu vergeben haben.

Projekte entwerfen, zu denen einen die aufgezwungene Suche nach Drittmitteln treibt; Kollegen beurteilen, die ihrerseits wieder als Gutachter tätig werden müssen; nach komplizierten Systemen Leistungspunkte abrechnen, die in zunehmend verschulten Studiengängen anfallen; sich mit den Konflikten auseinandersetzen, die aus dem Kampf um die Finanzen entstehen werden – all das steigert die Effizienz nicht, sondern mindert sie. Zugleich wird die Universität attraktiv für einen ganz speziellen Typus von Professor, der bisher glücklicherweise noch nicht beherrschend war: den reinen Wissenschaftsmanager.

Grotesk ist auch das Verbot, die Habilitation weiterhin anzuwenden – den entscheidenden, weil wissenschaftsangemessenen Maßstab zur Messung der Leistung des zukünftigen Professors. Dieses inhaltlich ausgerichtete Verfahren war eine Garantie für Qualität. Noch dazu wurde es nicht dogmatisch gebraucht, es war – zumindest in den Geistes- und Sozialwissenschaften – der Königsweg, aber nicht der einzige Weg zur Professur. Offenbar kann man aber auf diese Qualitätskontrolle verzichten, ebenso wie auf die mit der Habilitation verbundene Institution des Privatdozenten. Wirtschaftlich gesehen ist das höchste Unvernunft, denn der Privatdozent kostet nichts und muß dennoch lehren. Wissenschaftlich gesehen ist das eine Katastrophe, denn mit dem Ende

der Privatdozentur verliert die Universität nicht nur Lehrkapazität. Privatdozenten sind oft Menschen, die eben nicht rechnen – Menschen, die die „schenkende Tugend" praktizieren und die Universität mit einem Geist bereichern, der nicht der des Kapitalismus ist. Das Gegenargument überzeugt nicht, bei der Privatdozentur handle es sich um ein Ausbeutungsverhältnis. Es ist keineswegs menschenfreundlicher, den inzwischen vielleicht auch nicht mehr so jungen Wissenschaftler nach Ablauf seiner Vertragszeit ohne Zusatzqualifikation wie die Habilitation schlicht von der Universität zu werfen, wie das bei der Juniorprofessur möglich sein wird.

Die Auswirkungen der Reformen auf das Studium sind ebenfalls nicht verlokkend. Der mit Wissenschaftsfremdem belastete Hochschullehrer wird sein Engagement dort verringern, wo die Kontrolle am schwierigsten ist: in der Lehre. Zudem liegt es für den von Projekt zu Projekt hetzenden Forscher nahe, seine meist sehr spezifischen Projektinhalte zu Lehrinhalten zu machen. Von der vorgesehenen Verkürzung der Studienzeiten könnte man sich eine Konzentration auf die wesentlichen Themen erhoffen – wenn es nicht gleichzeitig Forderungen an ein zeitgemäßes Studium gäbe, die sich allesamt als Angriff auf dessen Inhalte erweisen könnten: Wirtschaftskompatibilität, Medienkompetenz, Praxisbezug. Wollte man diesen Ansinnen nachkommen, müßte die inhaltliche Ausbildung schon aus zeitlichen Gründen reduziert werden. Erzeugt würde überdies ein neuer Geist: Wichtiger als der Inhalt wird die Fähigkeit, ihn – oder sich – zu verkaufen.

Karikatur des Studium generale

Wenn sogar die theologischen Fakultäten aufgefordert werden, sich vermehrt um wirtschaftliche Kontakte zu bemühen; wenn Studenten als letzter Stand wissenschaftlicher Darbietung die „Powerpoint-Präsentation" vorgeführt wird, bei der das gesprochene Wort nur noch der Erläuterung der bunten Bilder dient; wenn es den Studenten allmählich Mühe bereitet, in ihre Praktika auch noch ihr Studium hineinzuzwängen, dann beschädigt all dies die Substanz des Studiums. Auch die immer beliebter werdenden Studiengänge, die aus einer Kombination unterschiedlichster Fächer bestehen, können es an Tiefgang nicht mit dem traditionellen Fachstudium aufnehmen. Sie sind eher eine Karikatur des früheren Studium generale. Vielleicht reichen sie für das moderne Berufsleben aus. Sie vermitteln aber nicht das, was einmal mit dem Universitätsstudium verbunden wurde – das Erlebnis wirklicher Bildung.

In der Reform bekommt die Universität freilich nur das zurück, was von ihr selbst ausging: Sie hat nicht orientierend gewirkt, indem sie ihren Absolventen das Rüstzeug zur geistigen Selbständigkeit mitgegeben hätte. Vielmehr hat sie vor der fragmentierten Wirklichkeit kapituliert, indem sie durch unendliche Aufspaltung und Spezialisierung innerhalb der Fächer den Blick für den Zusammenhang verloren hat. Oder sie hat sich als Lieferant anstatt als Kritiker von Ideologien betätigt. Läßt die Universität die Gesellschaft nun ein weiteres Mal im Stich, wenn sie sich einem Maßstab beugt, den sie zumindest mit hervorgebracht hat und bei dem materieller Reichtum mit geistiger Verarmung erkauft ist? Wenigstens dort, wo der Geist seine Wohnstätte haben sollte, müßte die Herrschaft des Geldes ein Ende haben. Gibt es denn niemanden, der die Händler aus dem Tempel der Wissenschaft vertreibt?

*

Die Verfasserin lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Passau.

Quelle: FAZ 116 vom 22.5. 2002, Seite 8

Wissenschaftsrat schlägt Alarm: Mehr Geld und Reformen für die Forschung

sda. Die Schweiz habe in den letzten Jahren ihre Forschungsausgaben eingefroren, während andere Länder die ihren teils massiv erhöht hätten, erklärte Gottfried Schatz, Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats, vor den Medien in Bern. Ohne zusätzliche Geldmittel könnten auch überfällige Reformen in Wissenschaft und Forschung nicht durchgeführt werden. Dem Forschungplatz Schweiz drohe der Abstieg von der Weltspitze. Der Rat, der als «think tank» den Bundesrat berät, hat ein Neunpunkte-Programm erarbeitet. Dieses soll dem Bundesrat bei der Erarbeitung seiner Botschaft zur Forschungsförderung 2004 bis 2007 helfen. Gefordert wird:

- Einheitliche gesetzliche Grundlagen für alle Universitäten und Fachhochschulen. Starke akademische Gremien auf Bundesebene zur Koordination des Hochschulsystems. Koordinierte leistungsbezogene Finanzierung durch Bund und Kantone.
- Ausbildungsstipendien für Doktoranden und einheitliches «Tenure Track System» zur Auswahl und Beförderung von Assistenzprofessoren.
- Zusätzliche Bundesmittel an den Nationalfonds für Grundlagenforschung und Einbezug der Forschenden bei der Festlegung von Forschungsprioritäten.
- Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften, zum Beispiel zusätzliche Professuren für die überlaufenen Fächer, um den Forschungsstand zu halten; klarere Studienstrukturen mit Zwischenprüfungen nach dem ersten Studienjahr, Gründung eines geistes- und sozialwissenschaftlichen Zentrums.
- Stärkung der klinischen Forschung, etwa durch Ausbildungsstipendien für biomedizinische Grundlagenforschung.
- Dialog zwischen Firmen, Universitäten, Fachhochschulen und Politikern zur Erkennung von Marktpotenzialen und Synergien; berufliche Weiterbildung und Umschulung durch Hochschulen, erleichterte Unternehmensgründungen für Fachleute (z. B. steuerliche Anreize).
- Ein Departement für Wissenschaft, Bildung, Kultur und Technologie statt Verteilung auf Innen- und Wirtschaftsministerium.
- Erhöhung der öffentlichen Forschungsausgaben um 10 Prozent pro Jahr für die kommenden vier Jahre.
- Weiterbildung der Gesellschaft unter Benützung aller Medien, Aufbau eines umfassenden Lehrangebots für berufliche Fortbildung.

USA als Vorbild

Auch die Privatwirtschaft sollte nach Meinung des Rats einen Beitrag zur Verbesserung der Forschungssituation leisten. Unternehmen könnten sich noch stärker an der Forschung in den Hochschulen beteiligen. Dies könnte beispielsweise mit Sponsoring von Forschungsvorhaben oder der Vergabe von Stipendien geschehen, wie es in den USA praktiziert wird.

Quelle: Der Bund 30. Mai 2002, 12

Infomüll

Tabellen, die niemand braucht: Das neueste Hochschulranking

Es vergeht seit langem kein Monat, in dem nicht irgend jemand die deutschen Hochschulen zu mehr Wettbewerb untereinander auffordert. Wettbewerb ist eine Universalempfehlung in allen möglichen Zusammenhängen des sozialen Lebens geworden. Überall, wo es nicht so läuft, wie man es gerne hätte, wird mit dem Hinweis auf seine leistungssteigernden Folgen in Wirtschaft und Sport mehr von ihm angeraten. Wettbewerb hat dabei – ganz ähnlich wie der „Markt" – auch den Vorteil, daß zwar etwas Gutes damit gemeint ist, aber offenbleiben kann, was genau. Die Universitäten sollen konkurrieren – worum und womit eigentlich?

Eine Antwort lautet: um die besten Studenten. Aber weder können sich die Hochschulen ihre Studenten heraussuchen, noch gibt es die besten Studenten als eine Art Kunden, die mit einem bereits vorhandenen Vermögen den Anbietern gegenüberträten. Bester Student wird man allenfalls nach der Kaufentscheidung. Ein anderer Vorschlag ist: um Drittmittel. Aber weder muß man das fordern, es geschieht ohnehin, noch sind es Universitäten oder auch nur Fachbereiche, die um diese Mittel konkurrieren, sondern zumeist Lehrstühle, einzelne Professoren also. Was es der Universität als solcher nützt, wenn sie ein Projekt nach dem anderen einwerben, ist überdies eine offene Frage. Schließlich: Hochschulen sollen in einen Wettbewerb um Spitzenforscher eintreten. Doch weder ein entsprechendes Dienstrecht steht zur Verfügung, noch ist klar, was der zur Zahlung nicht verpflichtete Kunde Student diesseits Humboldtscher Illusionen, nach denen der vielbeschäftigte Forscher auch der beste Lehrer ist, davon haben soll.

Es gibt also weder Kunden noch Preise, noch eindeutige Produkte, nicht einmal Firmen, die eine operative Einheit bilden würden. Man weiß außerdem nicht, ob Wettbewerb zu mehr Ähnlichkeit oder zu mehr Unterschieden zwischen den Angeboten führt; für beides gäbe es wettbewerbstheoretische Vermutungen. Wir haben also nicht zuwenig Wettbewerb zwischen Universitäten, wir haben jenseits vager Anspielungen nicht einmal eine Ahnung, worin er bestünde.

Was wir aber statt dessen haben, ist eine Wettbewerbsattrappe der pappmachéhaftesten Machart – das Hochschulranking. Der „Spiegel" hat vor Jahren damit angefangen, die deutschen Hochschulen nach Fächern in eine Rangliste zu bringen. Dieser Tage haben „Focus" und „Stern" ihre diesjährigen Tabellen veröffentlicht; die des „Stern" ist maßgeblich vom Gütersloher „Centrum für Hochschulentwicklung" (CHE) der Bertelsmann-Stiftung verfertigt worden. Gegenüber Abiturienten und ihren Eltern als Zielgruppe wird dabei der Eindruck erweckt, die Universitäten stünden in einem Leistungswettbewerb, dessen Ergebnisse hier festgehalten würden.

Dabei ist die Lektüre der Tabellen und Bewertungen eher ein Pisa-Test auf den gesunden Menschenverstand: Wer seine Studienentscheidung von dem hier Gebotenen abhängig machen würde, bedürfte der Nachschulung. So verwendet etwa das CHE zur Beurteilung der Forschungslage an einem Fachbereich den interessanten Indikator „Promotionen pro Professor" und erzeugt damit Unterschiede, die nichts besagen. Denn wieviele Gründe mag es geben, daß Professoren viele Doktoranden haben? Und wie viele sprechen dafür, daß er für weitere Kandidaten noch Zeit hat? Wenn vierzehn Prozent aller auskunftsfreudigen Lehrstuhlinhaber der Germanistik ihre Kinder nach München an denselben Fachbereich schicken würden, der von seinen mitteilsamen Studenten mit einer 3,3 eher schwachbefriedigend beurteilt wurde – was soll der ratsuchende Abiturient aus beiden Zahlen machen? Denken die Professoren bei ihrer Empfehlung an dieselben Personen oder Strukturen wie die Studenten bei ihrem Mißmut? In Biberach sind die Architekten sehr zufrieden und in zehn Semestern fertig, in Dresden wenig zufrieden, schaffen es aber auch noch in elf, während in Darmstadt die etwas mehr zufriedenen Absolventen fünfzehn Semester brauchen. Bauleute, auf nach Biberach!

Alles ist voll von undurchsichtigen Aussagen und voll von nicht interpretierbaren Zahlen. Was soll der Abiturient aus der Drittmittelquote eines Fachbereichs schließen, wenn etwa diejenige der Betriebwirte an der Fachhochschule Lausitz dieselbe Bewertung erfährt wie diejenige der Volkswirte an der Universität Bonn? Und der Frauenanteil an Fachbereichen, den beide Rankings angeben – wollen sie damit als den einzigen Markt, der an Hochschulen zweifelsfrei und quantitativ exakt bestimmt werden kann, den Heiratsmarkt ausweisen?

Über Hochschulen, die nicht konkurrieren, werden also Reputationstabellen erstellt, die nicht informieren und das für Bildungsvorgänge, von denen zurecht stets betont wird, wie sehr ihr Gelingen auf individuellen Tatbeständen beruht. Dem Abiturienten wird vorgemacht, er sei ein Kunde und es gebe eine Stiftung Bildungstest. Dabei ist er nur der Kunde der Tabellenmacher. Man möchte den „rechtlichen Hinweis", den das CHE gibt, darum etwas umformulieren. Ihm zufolge kann es „vorkommen, daß bei der Menge der ermittelten Daten Fehler unterlaufen". Deshalb könne das CHE keine Haftung übernehmen, und es rät, „bevor Sie also auf die Informationen gestützt wichtige Entscheidungen treffen oder Aufwendungen machen", zur Nachprüfung der abgedruckten Daten. Nachprüfen sollten alle, die nicht wissen, was sie wo studieren sollen, etwas anderes: Ob es ihnen einleuchtet, wenn jemand, der beides, die Abiturienten wie die Universitäten, nur als statistische Tatbestände kennt, einen Rat zur Wahl der „ganz persönlichen" Spitzenhochschule erteilt.

JÜRGEN KAUBE

Quelle: FAZ 92 vom 20.4. 2002, S.41

Studieren auf Probe

Von Hans-Martin Barthold

Die moderne Informationsgesellschaft fordert ihren Tribut. Auch von den Gymnasiasten. Zwar sind die Daten, welche Universitäten welche Studiengänge offerieren, inzwischen jedermann leicht zugänglich, auch bieten zahlreiche spezialisierte Beratungsinstitutionen ihre Dienste an. Doch die ganz persönliche Entscheidung wird dadurch nur selten einfacher, die Zahl orientierungsloser Studienabbrecher nicht geringer. Gleichwohl verhalten sich die Universitäten weithin noch immer so wie vor vierzig Jahren, als gerade fünf Prozent eines Altersjahrganges das Gymnasium besuchten, als Abiturienten nicht einmal im Traum daran dachten, statt des direkten Weges zur Universität eine betriebliche Ausbildung zu machen, und sich die Lehrer deswegen noch ganz auf die Vermittlung studienrelevanter Arbeitstechniken konzentrieren konnten. Im übrigen kamen die meisten Studienanfänger aus akademischen Elternhäusern: Man studierte Jura, Theologie, Wirtschaftswissenschaften oder wurde Lehrer. Denn sehr viel umfangreicher war das Studienangebot der damals noch überschaubaren Anzahl von Hochschulen sowieso nicht.

Welches Fach ist das passende?

Heute besucht nahezu jeder dritte Schüler das Gymnasium, kommen immer mehr Studienanfänger aus eher bildungsfernen Elternhäusern, hat sich die Zahl der Studienrichtungen und -schwerpunkte exponentiell vervielfacht. Daran gemessen sind die allerorten angebotenen Hochschulinformationstage mehr PR-Veranstaltung als wirkliche Hilfe. „Wir öffnen für einen Tag das Fenster zum Innenhof der Universität, um es dann schnell wieder für ein ganzes Jahr zu verschließen", weiß der Leiter der Hamburger Studienberatung, Peter Figge, um die begrenzten Möglichkeiten solcher Projekte. Und auch das jüngst vom Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Klaus Landfried, in die Diskussion gebrachte „Studium auf Probe" dürfte eher den Universitäten dienen, sich der Leistungsfähigkeit ihrer Erstsemester vergewissern und die Ungeeigneten möglichst frühzeitig aussortieren zu können, als daß es den unsicheren Studienneulingen Hilfe bei der immer schwierigeren Frage bieten dürfte, welches Fach denn nun das passende sei.

Genau das versucht die Universität Hamburg seit zwei Jahren im Rahmen eines Modellversuchs „Orientierung Generale". Über ein Semester lang lernen zum Studium Entschlossene ihrer Interessenlage entsprechend verschiedene Studienfächer kennen. Schließlich konzentriert sich die Erfahrung der Studienberater nicht allein an der Hamburger Universität wesentlich in einem Punkt. Studienberater Figge: „Fehlentscheidungen von Studienanfängern basieren heute nur zum Teil auf unzureichenden Informationen und Beratungsangeboten." Im Gegenteil: Die Interessenten für „Orientierung Generale" seien allesamt sehr gut informiert. Woran es ihnen jedoch mangele, sei die Gelegenheit, Studienwirklichkeit authentisch erleben zu können, ebenso wie es an der gezielten fachmännischen Unterstützung des individuellen Entscheidungsprozesses fehle.

Orientierung bieten

„Orientierung Generale" sei deshalb ganz bewußt nicht als Assessment-Center organisiert, erklärt Figge. Denn: „Wir wollen den Studienwahlentscheidungsprozeß beraterisch begleiten und Orientierung bieten." Speziell für diese Aufgabe ausgebildete studentische Tutoren treffen sich regelmäßig jede Woche einmal mit den Teilnehmern, die gemachten Erfahrungen auszutauschen und systematisch zielführend zu reflektieren. Diese wöchentlichen Teamsitzungen, bestätigt Fabian Behr als einer von sechzig Entscheidung suchenden Abiturienten, empfinde er als besonders gewinnbringend. Sie seien für ihn das Herzstück des Projektes. „Ich konnte am Universitätsbetrieb teilnehmen", erzählt der Freiburger, „aber gleichzeitig in einer Gruppe Gleichgesinnter mit Abstand und ohne Prüfungsdruck über meinen Weg darin nachdenken."

Das Leibniz Kolleg in Tübingen ist eine andere wissenschaftspropädeutische Einrichtung. Auch sie bietet in ihrer Studienwahlentscheidung schwankenden Abiturienten Raum zur Reflexion der eigenen Voraussetzungen ebenso wie zur Bewertung gewonnener Informationen und kann dabei bereits auf über fünfzig Jahre Erfahrung zurückblicken. „Die Intensität dieses gleichermaßen Informations- wie Selbstfindungsprozesses wird bei uns bewußt verdichtet", erklärt Direktor Michael Behal. Nicht nur erstreckt sich das „Studium generale" in der altehrwürdigen württembergischen Universitätsstadt über ein in drei Trimester unterteiltes komplettes Studienjahr; die Teilnehmer leben und arbeiten auch im Gebäude des Kollegs – fünf Minuten von der Altstadt entfernt – auf engstem Raum zusammen. „Daß wir als von der Universität unabhängige Einrichtung nicht den Begehrlichkeiten der Fakultäten ausgesetzt sind", sieht Behal als konstitutiven Vorteil des Leibniz Kollegs. Der Hamburger Martin Baumann, einer von derzeit 53 Teilnehmern, bestätigt dies. „Man hat hier endlich, was sonst nirgends bleibt, nämlich Zeit, nur über dieses Problem nachdenken zu können." In den Universitätsbetrieb mit der Verpflichtung zum Leistungsnachweis eingebunden zu sein, sagt er, würde genau diesen Freiraum wieder aufheben.

Fähigkeiten erproben

Freilich haben auch die Teilnehmer des Tübinger „Studium Generale" strikte Verpflichtungen und einen verbindlichen Stundenplan. Zum Bummeln bleibt kaum Zeit. Baumann: „Die Tage sind ausgefüllt. Oft habe ich, nur von der Mittagspause unterbrochen, von 8 bis 20 Uhr Lehrveranstaltungen." Da sind Arbeitskreise und Studiengemeinschaften aus mindestens zwei verschiedenen sogenannten Sektionen zu belegen. Zur Auswahl stehen die Rechts- und Sozial-, Geistes- oder Naturwissenschaften. Ergänzt wird dieses Angebot durch Arbeitsgruppen künstlerisch-musischen Zuschnitts, Sprachkurse, Rhetorik-Seminare, Kolloquien und Vorträge sowie eine einwöchige Auslandsstudienreise. Wer darüber hinaus noch Zeit findet, ist frei, an der benachbarten Universität die eine oder andere Vorlesung zu besuchen. Das alles, so Michael Behal, soll neben der Bestimmung des eigenen Wegs bei den Studenten auch die Erkenntnis reifen lassen, daß Wissenschaft nicht lediglich ein besonderer Arbeitsbereich, sondern vielmehr eine Lebensform ist. In Referaten und drei Trimesterarbeiten können die Studenten ihre Fähigkeiten erstmals erproben. Zweifellos ein Privileg, das an den heutigen Massenuniversitäten nur die wenigsten Studienanfänger genießen dürfen.

Die Kollegiaten fallen später im Studium durchaus auf, weniger eines besonders kurzen Studiums wegen als vielmehr mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten im wissenschaftlichen Gespräch, besseren Abschlüssen und unkonventionellen Karrieren, nicht selten in einer universitären Laufbahn. Martin Baumann etwa liebäugelt mit einem Doppelstudium Physik und Philosophie. Matthias Kunz, Leibnizianer des Jahrgangs 1983/84, heute promovierter Physiker und nach einer Beraterstation bei McKinsey nun Geschäftsführer des jungen Technologie-Start-ups „t'blade", gibt mit seinem Lebenslauf bestes Beispiel. Rückblickend erinnert er sich des Jahres in der Tübinger Brunnenstraße und was er von dort mitgenommen hat. „Die Zeit war wie ein Orkan. Alles wurde durcheinandergewirbelt, alles auf den Prüfstand gestellt." Der Gewinn: die Fähigkeit zur effizienten Selbstorganisation und zum lebenslangen Lernen. Geblieben seien auch Neugier, Toleranz, Mut, Offenheit und die Bereitschaft, unbekannte Wege auszuprobieren. Eine praktische Probe dessen, was das heißt, erhielten Martin Baumann und seine Kommilitonen unlängst in einem Seminar Business Management. Und waren begeistert.

Quelle: FAZ 160 vom 13.Juli 2002, S.55